

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Anzerate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mark jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mark — Schluss der Annahme von Anzeraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Verbot der Leipziger Volkszeitung.

Vom Stellvertretenden Generalkommando ist uns nachstehende Verfügung zugegangen:

Das Erscheinen der Leipziger Volkszeitung wird hiermit wegen des Artikels: Der Nationalrat der französischen Sozialisten in Nr. 181 vom 14. 8. 16 vom 21. August 1916 an bis auf weiteres verboten.

Jahrestage des Weltkriegs.

19. August 1916. Fünfte Kriegstagung des Reichstags eröffnet; Rede des Reichskanzlers.
20. August 1916. Anfrage Diebitschs, ob die Regierung bereit ist zu sofortigen Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Anzessionen, von der Regierung abgelehnt. — Sühlich von Rowa weichen die Russen nach Osten.

Die neuesten Meldungen.

Der Wechsel im englischen Kabinett.

London, 18. August. Amtlich wird mitgeteilt: Marquis of Crewe ist zum Präsidenten des Unterrichtsministeriums ernannt worden an Stelle des Arbeitsministers Asquith; der zum Generalstaatssekretär ernannt worden ist und im Ministerium als Berater der Regierung in Arbeiterfragen bleibt. Lord Newton, der sein Amt als Generalstaatssekretär niedergelegt hat, ist zum Hilfsunterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden. Marquis of Crewe bleibt Lordpräsident des Rates. Im Kabinett tritt keine Veränderung ein.

Keine Verbindung mit der Tigrisarmee.

Karlsruhe (Baden), 18. August. (Z. N.) Schweizer Blättern zufolge melden Londoner Zeitungen jenseitlich, daß seit über zehn Tagen alle Verbindungen mit der englischen Tigris-Armee unterbrochen sind.

Gegen die Unabhängigkeitserklärung der Philippinen.

New York, 18. August. (Z. N.) Die Kongressdebate ergab eine überwältigende Opposition gegen das Bestreben, den Philippinen die Unabhängigkeit zu verleihen.

Die Bewegung der amerikanischen Eisenbahner.

Washington, 18. August. Die Bemühungen des Präsidenten, die Lage der Eisenbahnen, die auf einem toten Punkt angelangt ist, zu lösen, sind bisher vergeblich geblieben.

Zur Lage in Rumänien.

Bukarest, 19. August. (Z. N.) Die halbamtliche Independente roumaine meldet, daß zwischen Carp, Marghiloman und Majoredcu Beratungen stattfanden, die den Zweck haben, eine einheitliche Stellungnahme in der äußeren Politik festzulegen. Aboverul stellt fest, daß bei einer Regierungskrise die konservative Partei auf ein Kabinett Marghiloman-Carp rechnet.

Budapest, 19. August. (Z. N.) Als Est meldet aus Bukarest: Laut Politique hat das Kriegsministerium die Getreidevorräte, die England im vorigen Jahre kaufte, für Militärbedarf übernommen.

Lebensmittelkredite der Niederlande.

Haag, 18. August. Die erste Kammer hat das Lebensmittelverteilungsgesetz und die Zwanzig-Millionen-Kreditvorlage zum Ankauf und zur Bereitstellung von Lebensmitteln angenommen.

Die Wahlen in Griechenland.

Bern, 18. August. Temps zufolge finden die griechischen Wahlen am 27. September statt.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 18. August befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Gefährliche Schlagworte.

Die Auseinandersetzungen über die von uns in Nr. 179 erwähnten Steuerartikel des Geheimrats Wittling im Berliner Tageblatt haben noch einige Neuherungen und Bekenntnisse gebracht, die für die Erkenntnis der innerpolitischen Lage von Wert sind. Bemerkenswert darunter ist eine Kundgebung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, die sich gegen „gefährliche Schlagworte“ wendet. Dieser Artikel ist nämlich insofern zu seinem Vorteil von den Entlastungsausschüssen, wie sie im Reichsboten erschienen, durch seine unklare Sachlichkeit unterschieden. Während das christlich-sozialistische Blatt drei Aufsätze eines geschätzten Mitarbeiters brachte, die sich höchster sittlicher Entzückung gegen die freilebige Antikipation des heiligen Werks Bismarcks, nämlich der: Bundesstaatlichen Verfassung des Reichs, wenden, und sich in Lob und Preis der selbständigen Bundesstaaten und des Bundesrats schief überfliegen, hält sich das Blatt der Herren von Kohle und Eisen mit solcher Verschleierung des Punktes, um den sich alles dreht, nicht weiter auf. Die Gefährdung der bundesstaatlichen Verfassung des Reichs, die durch die Ausdehnung der Finanzhoheit des Reiches heraufbeschworen wird, ist ja doch nur ein schön klingendes Wort für die Gefährdung der gutgeachteten Geldschränke und Geldbeutel durch direkte Reichsteuern. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung fühlt sich stark genug, um nicht hinter der Verfassungsfrage Deckung suchen zu müssen. Sie stellt sich nach einigen einleitenden Ausführungen auf den wahren Kampfplatz und greift die Wittlingische Steuerforderung direkt an.

Die Grundsätze Wittlings, die er für seinen Standpunkt vorbringt, sind nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung samt und sonders Gefährdungen. Er führt aus: „Geldopfer erscheinen gering gegenüber Blutopfern! Wer heil aus dem Krivene kommt, muß freudig bereit sein, dem Reiche zu steuern! Fürcht vor hohen Steuern wäre schwächlich! „Das ist alles ganz schön und gut“, fährt das Essener Blatt fort, „und auch unbestreitbar richtig. Aber — gibt es denn keine andre Art, diese Dinge zu betrachten als die verschleiernde durch die Gefährdungen? Und kommt man auf andre Art nicht zu einem besseren, weil einhergehenden sicherem Ergebnis? Alle die erwähnten Gefährdungen haben ebenso für die direkten wie für die indirekten Steuern, für den Bemittelten wie für den Unbemittelten Geltung. Oder soll es mit dem Patriotismus der Lehmann und Krause (diese beiden hat Wittling als Vertreter des „einfachen Mannes“ angeführt. Neb. d. Z. Bzg.) nach Rückkehr aus den Schützengräben zu Ende sein, und ist der „Steuerpatriotismus“ ausschließlich für die Besitzenden da?“

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung ist sonst nicht gerade für Demokratie und hat z. B. gegen ein Wahlrecht wie das preussische, das die Mehrheit des Volkes von einem wirklichen Einfluß auf die Zusammensetzung des preussischen Landesparlaments ausschließt, nichts einzuwenden. Aber beim Steuerzahlen wird sie demokratisch. Da fordert sie, daß der Nichtbesitzende gerade so gut herangezogen werde wie der Besitzende. Das hat etwas für sich. Die Frage ist nur, wie die Verteilung der Last zwischen beiden sein muß, um die Gleichheit der Last unter ihnen herzustellen.

An einer Stelle erwähnt die Rheinisch-Westfälische Zeitung, daß Wittling eine Entschädigung des Königs Friedrich II. anführt, den die deutschen Geschichtsschreiber den Großen nennen. Der König hat darin von einem Mann mit 5000 Talern Einkommen behauptet, er wolle dreißig die Hälfte, nämlich 1500 Taler, als Steuer an den Staat abgeben, während derjenige, der 80 Taler im Jahre zu verzehren habe, davon kaum einen Taler müssen dürfte. Das Essener Blatt verweigert es, sich mit dieser Erklärung, — nach der Friedrich II. freilich nicht gehandelt hat, denn er vermehrte gerade die direkten indirekten Steuern und tolstete die Steuerfreiheit der Junker nicht an — auseinanderzusetzen. Hier hilft nämlich die bequeme Handbewegung nichts, mit der sie die „Gefährdungen“ Wittlings beiseite schiebt. Das Argument, daß die Steuern nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler bemessen werden müssen, daß die Gleichheit der Pflicht auf diesem Gebiet nur durch die Ungleichheit der Leistung hergestellt werden kann, und dadurch, daß der Besitzende mehr und je nachdem erheblich mehr zahlt als Nichtbesitzende, dies Argument ist natürlich kein Gefährdungsgrund, sondern eine schon so allgemein anerkannte Wahr-

heit, daß sie schon in der Einkommensteuergesetzgebung vieler Staaten, wenn auch immer noch unvollkommen und annähernd, Anerkennung gefunden hat. Mit dieser Erkenntnis sind aber auch die indirekten Steuern gerichtet. Denn ihre Eigenschaft ist, wie Vassalle vor einem halben Jahrhundert schon vor preussischen Richtern aus der wissenschaftlichen nationalökonomischen Literatur nachtrug, gerade die, die schwächeren Steuerzahler härter zu belasten als die starken. Statt progressiv nach oben zu wirken, mit der Höhe des Einkommens ihr Gewicht zu steigern, tun sie das Umgekehrte, ihre Progression wächst nach unten, bei den kleinsten Einkommen sind sie die härteste Last.

Man muß sich bald schämen, diese alte Wahrheit immer wieder der Öffentlichkeit vorzuführen. Aber die schöne Beharrlichkeit, mit der die Bestirrvorter der indirekten Steuern ihr immer wieder auf dem Wege zu gehen wissen, zwingt dazu, sie immer aufs neue wieder an den öffentlichen Tafeln anzuschlagen. Man muß immer wieder feststellen, daß indirekte Steuern — die der gefährlichsten und einträglichsten Art, die auf die Masse verbracht werden, sind, von andern, die zunächst einzelne Gewerbe belasten, können wir hier absehen — ein Mittel sind, um einen Teil der Steuerlast von den Besitzenden auf die Nichtbesitzenden abzuwälzen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung findet freilich, daß die Besitzenden schon bisher schwer genug belastet sind. Sie erklärt: „Betrachtet man die Frage nüchtern, so kommt man sehr rasch zu dem Ergebnis, daß von einer bisherigen Vernachlässigung der direkten Steuern gar keine Rede sein kann. Der Appell Geheimrat Wittlings erscheint daher nicht ganz berechtigt.“ Und dann führt sie weiter an, daß seit 1902 die direkten Steuern schneller gewachsen seien als die indirekten, so daß gegen 26.07 Mark direkte und 26.88 Mark indirekte Steuern, die im Jahre 1902 gezahlt wurden, 1913 schon 41.50 Mark direkte und 31.56 Mark indirekte Steuern gekommen seien. Wir müssen darauf verzichten, diese Angaben hier näher nachzuprüfen. Treffen die Angaben zu; so beweisen sie noch lange nicht, daß eine weitere Steigerung der indirekten Steuern noch erträglich wäre, noch, daß die neuen Staatseinnahmen, die nötig werden, nicht aus direkten Steuern genommen werden können. Wenn die Rheinisch-Westfälische Zeitung das nachweisen wollte, dann müßte sie ganz anderes Material vorführen, müßte sie zeigen, daß das Einkommen und das Vermögen in Deutschland solche Lasten tragen — oder daß sie ihnen bei weiterem Ausbau der direkten Steuern drohen — daß eine Erdrückung der Produktion durch maßloses Schöpfen aus derartigen Quellen zu befürchten wäre. Aber das englische Beispiel, das die Rheinisch-Westfälische Zeitung freilich aus guten Gründen nicht herangezogen haben will — „Wir sollten es endlich gelernt haben, unsere ökonomischen Ideale aus England zu beziehen“, meint sie sehr unfreundlich — zeigt uns, daß wir in dieser Beziehung nicht gar zu ängstlich zu sein brauchen. Das Essener Blatt hat aber sehr große Befürchtungen, nicht bloß für die Rixdorf und Stinnes, sondern auch für die Lehmann und Krause, in deren Sinne die Erdrückung der Produktion nicht sein würde. Was „mit einer ganzen Reihe von Stimmen aus dem sozialdemokratischen Lager“ bezeugt werden soll. Angeführt wird Renner, der geschrieben hat, daß der Mehrwert nicht zu hoch besteuert werden darf ohne ökonomische Katastrophe, ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen. Das ist gewiß richtig. Es handelt sich aber eben um die Bestimmung, was „zu hoch“ bei der Besteuerung des Mehrwerts ist.

Bei der indirekten Besteuerung hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung nicht solche Bedenken, sie glaubt offenbar, daß sie ohne jede Gefahr weiter ausgedehnt werden kann. So führt sie, nachdem sie den alten Vadenhülter wieder hervorgeholt hat, daß die direkte Steuer den Sparfuss trifft, den Verschwendunger begünstigt, ungeniert fort:

Die indirekte Steuer behält demgegenüber nun einmal den Vortzug, daß sich der einzelne ihr entziehen kann — durch Einschränkung des Verbrauchs und daß sie als „unsichtbare“ Steuer nicht so sichtbar ist wie die direkte. Sie hat ferner für sich, daß sie noch sehr entwicklungsfähig ist, in weit höherem Maße als die direkte Steuer, die in den letzten Jahren weit mehr gepflegt und den gewanderten Verhältnissen angepaßt worden ist. Auf die in den indirekten Steuern noch vorhandenen Reserven können wir gar nicht verzichten. Auch sie müssen nach dem Kriege gründlich genutzt werden. Die „Lehmann